

Dani Rodrik

„Wir werden weniger Globalisierung haben“

Der Harvard-Professor fordert eine Abkehr von immer neuen Handelsabkommen und pöcht darauf, den Staaten wieder mehr Souveränität zu geben.



Dani Rodrik: „Ich höre mehr Leute, die die gleichen Sachen sagen, die ich bereits vor Jahren geschrieben habe.“

Wenn es um Freihandel ging, war Dani Rodrik lange Zeit eine einsame kritische Stimme. Während Ökonomen und Politiker in den 90er-Jahren die Vorteile der Globalisierung anpriesen, sprach er warnende Worte aus. Heute dagegen reibt er sich manchmal die Augen, wenn er die „Financial Times“ aufschlägt und liest, wer sich nun alles auf seine Seite schlägt.

Professor Rodrik, der Widerstand gegen den Freihandel wächst weltweit. Abkommen wie TTIP und TTP scheinen kaum noch durchsetzbar. Erleben wir derzeit den Anfang vom Ende der Globalisierung?
Ich denke, wir werden künftig weniger Globalisierung haben. Entscheidend aber ist die Frage, welche Art von Globalisierung wir wollen und wie die Regeln aussehen. Wir sollten die Debatte nicht nur in Pro- und Anti-Globalisierung aufteilen, sondern eine Art von Globalisierung gestalten, die für die meisten Leute funktioniert.

Was sind die Gründe für die Widerstände?
Bis zu den 80er-Jahren hätte man noch argumentieren können, dass es die Sache wert war, auf interna-

tionaler Ebene darüber zu verhandeln, wie wir die Volkswirtschaften der Welt offener gestalten und Handelschranken abbauen können. 1990 hatten wir dann eine Weltwirtschaft, die schon ziemlich geöffnet war und die globale Prosperität förderte. Wir haben jedoch nicht bemerkt, dass sich unter der Oberfläche Spannungen und soziale Ungleichheit bilden. Und statt sich diesen Problemen zu widmen, haben wir noch stärker auf offene Märkte gedrängt und die Spannungen verschlimmert.

Mehr Abschottung - kann das die Lösung sein?
Nein, aber wir müssen die Kritik der Menschen ernst nehmen. Statt über mehr Handelsabkommen zu sprechen und darüber, wie wir Handelschranken abbauen können, sollten wir über ein anderes Modell sprechen: eine moderat geöffnete Weltwirtschaft, die mit demokratischen Standards in den jeweiligen Ländern kompatibel ist.

Können Sie ein Beispiel geben?
Sie haben TTP und TTIP erwähnt. Diese Verträge beanspruchen viel politisches Kapital und kosten jede Menge Verhandlungszeit. Aber ihr eigentlicher wirtschaftlicher Nutzen für die Teilnehmer wird relativ klein sein. So schaffen wir heftige Gegenreaktionen in der Bevölke-

rung. Davon würde ich künftig eher Abstand halten.

Vita Dani Rodrik

Lehre Der 59-Jährige ist Professor für internationale politische Ökonomie an der amerikanischen Elite-Universität Harvard.

Publikationen Der türkischstämmige Ökonom stieß 1997 mit seinem Buch „Has Globalization Gone Too Far?“ eine Debatte über die negativen Folgen der Globalisierung an. In seinem aktuellen Buch „Economics Rules“ befasst er sich mit den Vor- und Nachteilen der Ökonomie als Wissenschaft.

Worüber sollten wir stattdessen diskutieren?

Über die Frage, wie wir globale Regeln für Handel und Investments schaffen, die den einzelnen Ländern der Welt mehr Autonomie geben. Denn die zunehmende Globalisierung hat die Fähigkeiten der Regierungen eingeschränkt, auf die Belange ihrer Wähler zu reagieren. Zum Teil war es bequem für sie, sich hinter der Globalisierung und der Notwendigkeit zu verstecken, mit dem globalen Wettbewerb mithalten. Zum Teil bringt die Globalisierung jedoch auch Beschränkungen mit sich - wenn es zum Beispiel um Steuersysteme geht oder um Beschäftigungsstandards.

Lassen sich diese Entwicklungen überhaupt umkehren?
Ich denke, die wichtigste Herausforderung ist, Legitimation und Glaubwürdigkeit für die bestehenden Regeln aufzubauen - sei es beim internationalen Handel, bei den internationalen Investments oder dem internationalen Finanzwesen. Das ist wichtiger als die Unterbreitungen in den Regulierungsvorschriften, die wir noch haben, weiter abzubauen und das letzte Handelshemmnis zu beseitigen.

Das ist leicht gesagt, aber wie baut man Legitimation auf?

Ich würde damit anfangen zu akzeptieren, dass wir in einer Welt leben, in der Demokratie auf der nationalen Ebene organisiert ist, und daher verschiedene Länder verschiedene Systeme haben, wenn es um Steuern, Beschäftigungsstandards und Verbraucherschutz geht. Die Aufgabe von internationalen Regeln ist es nicht, diese Unterschiede wegzuharmonisieren, sondern es möglich zu machen, dass diese Unterschiede nebeneinander bestehen können.

Das würde in Brüssel für einige Irritationen sorgen.
Europa muss eine Entscheidung treffen, hat sich damit aber noch nicht wirklich auseinandergesetzt. Bis zur Finanzkrise in Europa dachte ich, dass die EU der eine Teil auf der Welt sein kann, in dem es funktionieren kann: mit europäischen politischen Institutionen einen Gemeinsamen Binnenmarkt verwirklichen. Europa hatte eine Zukunft, in der die Politik so regional wie die Wirtschaft hätte werden können. Es gab also einen Punkt, an dem Brüssel, Straßburg und Frankfurt das hätten werden können, was Washington und London für die jeweiligen politischen Systeme der USA und Großbritanniens sind.

Ihre Hoffnungen wurden also enttäuscht?
Wir mussten feststellen - und das liegt zum Teil daran, wie mit der Krise umgegangen wurde -, dass die Wahrscheinlichkeit, dass Europa sich zu einem gemeinsamen politischen Raum entwickeln würde, deutlich abgenommen hat. Europa hat viele der gleichen Herausforderungen wie der Rest der Welt.

Aber es gab nach der Krise doch Bemühungen um mehr Integration.
Zuerst muss man sagen: Die Art, wie die führenden Politiker auf die Krise reagiert haben, war für die Schaffung eines gemeinsamen politischen Raums nicht gerade förderlich. Vor allem das politische Establishment in Deutschland hat die Krise nicht als eine betrachtet, die aus gegenseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit entstanden ist. Man hätte auch sagen können: Die Griechenland-Krise ist nicht nur entstanden, weil sich die Griechen zu hoch verschuldet haben, sondern auch, weil die Deutschen bereitwillig Kredit gegeben haben. Deutschlands Argumentation war eher: Das war eine Krise, die von faulen Griechen verursacht wurde. Warum sollten die hart arbeitenden Deutschen für diese Probleme bezahlen?

Brauchen wir in Europa mehr politische Integration?
Wir können keinen Binnenmarkt haben, ohne einen gewissen Grad an gemeinsamer Politik. Das sind die strukturellen Probleme, mit denen Europa jetzt zu kämpfen hat.

Aber das ist in Europa kaum durchsetzbar. Kaum jemand ist bereit, nationale Souveränität abzugeben.
Ja, in der Tat. Das ist besonders dann der Fall, wenn Bürger das Gefühl haben, dass Souveränität an Institutionen in Brüssel oder Frankfurt abgegeben wird, die sie für technokratisch und abgeschottet halten.

Sie fordern also, die „Vereinigten Staaten von Europa“ zu werden.
Soweit würde ich gar nicht gehen und sicher nicht sofort. Aber Fakt ist auch: Auf lange Sicht ist wirtschaftliche Integration nicht mit Demokratie und nationaler Souveränität vereinbar. Eines muss immer zurückstehen - das ist im Grunde das, was ich das wirtschaftliche Trilemma nenne.

Man könnte doch auch die europäischen Institutionen demokratischer gestalten, um das Trilemma zu lösen.
Ja, aber das ist kein Prozess, der sich automatisch entwickelt. Dafür braucht es europäische Eliten, die das vorantreiben und eine Vision haben, warum das ein wünschenswertes Endziel ist. Und wenn die Europäer keine Vision für ein politisch vereintes Europa entwickeln, dann wird auch der Binnenmarkt an seine Grenzen stoßen.

Das klingt nicht sehr optimistisch.
Hätten Sie mich vor drei Jahren gefragt, hätte ich nie gedacht, dass Großbritannien die EU verlassen würde. Ich hätte es für wahrschein-

licher gehalten, dass Griechenland einen Rückzieher macht - zumindest aus der Euro-Zone. Und selbst wenn es keine anderen Volksabstimmungen über den Verbleib in der EU mehr gibt, sehe ich einfach nicht, wie die fundamentalen wirtschaftlichen und politischen Probleme der EU gelöst werden können.

Was würden Sie Bundeskanzlerin Angela Merkel jetzt raten?
Wissen Sie, ich denke, Angela Merkel hat großen Mut bewiesen in ihrer Haltung gegenüber den Flüchtlingen. Ich hätte mir eine ähnliche Art von Courage mit Blick auf Europa gewünscht. Ich würde mir wünschen, dass sie eine Vision entwickelt, die sie der Bevölkerung auch vermitteln kann. Eine Vision, die nicht nur auf dem deutschen Modell basiert. Denn verschiedene Länder funktionieren auf verschiedene Arten.

Im Kern der Globalisierungsdebatte steht die wachsende Ungleichheit - in Europa, aber vor allem auch in den USA, wo das Thema im Wahlkampf heftig diskutiert wird. Wie sollte man dieses Problem angehen?

Sicherlich hat die Globalisierung destabilisierend auf bestimmte Nationen gewirkt. Aber wir sollten nicht vergessen, dass die Globalisierung auch Ungleichheiten zwischen verschiedenen Ländern abgebaut hat. In vielerlei Hinsicht hat sie es armen Ländern ermöglicht, schneller zu wachsen und sich schneller zu entwickeln. Ich denke, dass die Länder, in denen die Ungleichheit wächst, politische Instrumente zur Verfügung haben, um die Wirkung der Globalisierung abzumildern. Schuldiger ist oft nicht die Globalisierung, sondern die Politik, die sich ideenlos hinter der Globalisierung versteckt. Nehmen Sie Lateinamerika als Beispiel.

Eine Region, die schon lange als die mit der größten Ungleichheit gilt.
Und trotzdem haben die meisten Länder in Lateinamerika das soziale Gefälle verringert. Wir reden hier von Ländern wie Mexiko, Chile, Peru und Brasilien. Sie konnten trotz fortschreitender Globalisierung nachweisbare Verbesserungen vorzeigen. Warum? Weil die Regierungen in Bildung und in eine Reihe sozialer Programme investiert haben.

Jetzt, wo gerade in den USA so viel über soziale Ungleichheit diskutiert wird, glauben Sie, dass wir tatsächlich Veränderungen sehen werden?
Die Frage ist: Werden die etablierten Politiker in den USA und in Europa wirklich programmatische Antworten auf die Bedürfnisse finden, die viele in der Bevölkerung zum Ausdruck bringen? Machen wir es konkret: Ist Hillary Clintons Abkehr von TPP schlicht ein populistischer Schritt, um Wähler zu gewinnen? Oder ist es wirklich eine Erwägung, das Handelsregime insgesamt neu zu gestalten?

Und, was glauben Sie?
Bis jetzt scheint mir eher Ersteres zuzutreffen. Und wenn das zutrifft,



Am Dienstag schreibt Greenpeace-Chef Roland Hupp darüber, wie Globalisierung aussehen muss, damit sie ihre Legitimation zurückgewinnt.

Anzeige

Deutsche Bank

Zins- und Währungsrisiken muss man im Griff haben.

Bei der Absicherung unterstützt mich mein Firmenkundenberater.

Nutzen Sie unsere weltweite Expertise, um die Planungssicherheit für Ihr Unternehmen zu erhöhen. Ihr Firmenkundenberater entwickelt genau die Lösung, die zu Ihrer Geschäftsentwicklung passt. deutsche-bank.de/risikomanagement

Unser Wissen für Ihr Unternehmen.

dann fürchte ich, dass wir bei der nächsten Wahl jemanden wie Trump bekommen werden, der ein Clown und ein Lügner ist. Ich fürchte nur, dass er mit seinen falschen Versprechungen nicht chancenlos ist.

Viele Jahre lang waren Sie eine der wenigen kritischen Stimmen, die auf die Gefahren der Globalisierung hingewiesen haben. Jetzt sprechen alle Ökonomen darüber. Wie erklären Sie sich diesen Wandel?
Die Leute können die Entwicklungen nicht mehr ignorieren. Ich halte das nicht für besonders überraschend. Die Diskussion hat sich wirklich verändert.

Haben Sie keine Angst vor den Folgen für das globale Wirtschaftssystem, wenn wir jetzt anfangen, Handelschranken zu erhöhen und Mauern zu bauen?
Im Moment ist es sehr schwer zu sa-

gen, was eher eine wirtschaftliche Katastrophe verursachen würde: den bisherigen Weg weiterverfolgen oder innehalten. Ich glaube, dass Letzteres der bessere Weg ist. Es wäre ein katastrophaler Fehler zu glauben, es sei wie Fahrrad zu fahren: Wer aufhört zu treten, der fällt um.

Ist es eine Genugtuung für Sie, dass jetzt auch so viele Ökonomen mit der Globalisierung hadern?

Ich mag den Ausdruck „Genugtuung“ nicht. Aber ich fühle mich definitiv eher als Teil der Masse. Ich höre mehr Leute, die die gleichen Sachen sagen, die ich bereits vor Jahren geschrieben habe. Ich fühle mich auf jeden Fall nicht mehr so allein da draußen.

Professor Rodrik, vielen Dank für das Gespräch.
Die Fragen stellte **Astrid Dörner**.